Offener Brief: Wissenschaftsfreiheit verteidigen – gegen antifeministische Angriffe auf Hochschulen in Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Bildungsministerin,
sehr geehrte demokratische Abgeordnete des Landtags Sachsen-Anhalt,

mit großer Sorge verfolgen wir die jüngsten parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion im Landtag, insbesondere die Drucksache **8/5572** mit dem Titel *„Wissenschaft statt Manipulation – Genderpolitik an Hochschulen einstellen!“*. Dieser Antrag fordert, Gleichstellungsmaßnahmen an Hochschulen zu beenden und Geschlechterforschung als ideologisch und unwissenschaftlich zu delegitimieren.

Wir, unterzeichnende Wissenschaftler*innen und Studierende aus Sachsen-Anhalt und darüber hinaus, wenden uns entschieden gegen diesen Angriff auf zentrale demokratische Grundwerte – insbesondere auf die verfassungsrechtlich garantierte **Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 unseres Grundgesetzes!**

Wissenschaft ist keine Spielmasse der Ideologie

Hochschulen sind Orte der offenen Auseinandersetzung, der freien Forschung und der kritischen Reflexion gesellschaftlicher Ordnung. Die Gender Studies gehören – wie viele andere interdisziplinäre Felder – seit Jahrzehnten zur internationalen Wissenschaftslandschaft. Sie liefern wertvolle Erkenntnisse über soziale Ungleichheiten, Diskriminierung, Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Wandel. Ihre pauschale Diskreditierung dient der unverhohlen autoritären Kontrolle von Wissensbeständen und bremst den wissenschaftlichen Fortschritt.

Der Antrag Drs. 8/5572 verfolgt das Ziel, bestimmte Forschungsbereiche politisch zu regulieren, ihre Legitimität zu untergraben und gleichstellungspolitische Fortschritte zurückzudrängen. Der Versuch, Forschung und Lehre durch politische Kriterien zu steuern, ist mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar.

Wir warnen vor autoritären Entwicklungen

Der Antrag Drs. 8/5572 steht nicht isoliert (siehe bspw. Drs. 20/8862 vom 17.10.2023: https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008862.pdf), sondern reiht sich ein in eine bundesweite und europäische Strategie rechtsextremer Parteien, demokratische Institutionen zu beeinflussen und kulturelle wie wissenschaftliche Felder zum Austragungsort eines antidemokratischen Kulturkampfes zu machen. Vermehrte kleine Anfragen der AfD an Hochschulen, etwa auch in Bezug auf Postkoloniale Studien, binden Ressourcen und forcieren überzählige Aushandlungen. Beispiele aus anderen Ländern – wie etwa der Ausschluss der Gender Studies in Ungarn – zeigen, dass solche Rhetorik konkrete Folgen hat: Einschränkung der Hochschulautonomie, politisierte Mittelvergabe, Druck auf Lehrinhalte und Personalpolitik. Das zeigt anschaulich, wie autoritäre Eingriffe sich dabei rhetorisch als Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit tarnen – während faktisch genau diese Freiheit systematisch abgeschafft wird.

Gerade deshalb betrachten wir solche Vorstöße nicht als bloße Provokation, sondern als ernsthafte Gefährdung wissenschaftlicher und demokratischer Grundlagen. Die politische Programmatik der AfD sieht eine umfassende Kontrolle von Wissenschaft und Kultur vor. Sie weist auf eine gezielte Strategie hin, kritische Forschung zu delegitimieren, Wissenschaftler*innen einzuschüchtern und langfristig politischen Einfluss auf Inhalte universitärer Lehre zu nehmen. Die Anfragen und Anträge stellen ein Mittel dar, um Wissenschaft unter Generalverdacht zu stellen und öffentlich zu diskreditieren. Durch das gezielte Abfragen von Namen, Forschungsschwerpunkten und institutioneller Verankerung werden potenzielle Feindbilder geschaffen – mit dem Ziel, politischen und gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Diese Instrumentalisierung demokratischer Verfahren birgt die Gefahr der Selbstzensur, der Aushöhlung von Wissenschaftsfreiheit und der schleichenden Verschiebung akademischer Diskurse.

Sollte die AfD in Regierungsverantwortung gelangen, werden Angriffe auf Gleichstellung, Forschung und plurale Wissenschaft nicht mehr primär symbolischen Charakter haben, sondern werden akut wirksam. Wir verstehen das Beispiel der Drucksache 8/5572 nicht als Einzelereignis, sondern als Vorboten solcher Entwicklungen.

Appell an die demokratischen Parteien und die Landesregierung

Wir fordern alle demokratischen Fraktionen und insbesondere die Landesregierung auf,

- wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Positionen entschieden entgegenzutreten,
- die institutionellen und juristischen Grundlagen der Gleichstellungspolitik an Hochschulen nachhaltig abzusichern und zu stärken,
- sich öffentlich zur Wissenschaftsfreiheit zu bekennen und die wissenschaftliche und inhaltliche Vielfalt der Hochschullandschaft aktiv zu verteidigen,
- und den selbstgestellten Anspruch der Brandmauer gegen jede Form von Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Kräften im Parlament aufrechtzuerhalten.

Es braucht jetzt eine klare öffentliche Positionierung: Wissenschaft ist kein neutraler Ort gegenüber autoritären Bestrebungen. Sie braucht Schutz, Rückhalt und demokratische Verantwortung.

Für eine offene, kritische und demokratische Wissenschaft

Wir stehen für eine Wissenschaft, die sich den Herausforderungen unserer Zeit stellt: Unter anderem in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, diversitätssensibler gesellschaftlicher Transformation und Wissenschafts- und Demokratiefeindlichkeit. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, für diesen Anspruch einzustehen und jeglichen Versuchen, Forschung politisch zu zensieren oder Gleichstellungspolitik einzuschränken, entschieden entgegenzutreten.

Mit Besorgnis und mit Entschlossenheit,
unterzeichnen: